

Dringliche Motion Kommission PVS (Franziska Grossenbacher, GB/Alexander Feuz, SVP/David Stampfli, SP): Schulraumsicherung in der Länggasse im Zusammenhang mit dem Neubau Depotstrasse 40

Der Gemeinderat wird beauftragt, Verhandlungen mit dem Kanton aufzunehmen, um den für die Länggasse zusätzlich benötigten Schulraum in der Schulanlage Muesmatt für die Stadt Bern planerisch zu sichern.

Begründung

Wie der Gemeinderat in seinem Vortrag zum Projekt Depotstrasse 40 schreibt, reicht der geplante Neubau nicht aus, um den Schulraumbedarf in der Länggasse langfristig zu decken. Zudem bestätigt der Gemeinderat, dass der Aussenraum beim Neubau Depotstrasse 40 ziemlich knapp bemessen sei. Somit ist es dringend angezeigt, in der Länggasse zusätzlichen Schulraum für die Stadt zu sichern. In der Schulanlage Muesmatt und insbesondere an der Muesmattstrasse 29 werden in absehbarer Zeit Räumlichkeiten frei, die heute dem Kanton Bern gehören. Der Gemeinderat muss deshalb nun umgehend reagieren und diesen Schulraum für die Stadt Bern planerisch sichern.

Begründung der Dringlichkeit

Die Planung UniMitte ist am Laufen. Es gilt deshalb betr. des Schulraums rasch mit dem Kanton eine einvernehmliche Lösung zu finden. Durch ein Zuwarten des Gemeinderates besteht die Gefahr, dass der Kanton das Areal anderweitig verwendet.

Bern, 22. September 2016

Erstunterzeichnende: Franziska Grossenbacher, Alexander Feuz, David Stampfli

Mitunterzeichnende: Barbara Freiburghaus, Patrik Wyss, Melanie Mettler, Benno Frauchiger, Manfred Blaser, Philip Kohli, Marieke Kruit

Antwort des Gemeinderats

Ausgangslage

Im Schulkreis Länggasse-Felsenau gibt es wie fast überall in der Stadt Bern steigende Schülerinnen- und Schülerzahlen. Das Wachstum ist vor allem auch in der Muesmatt vorhanden, so dass in diesem Gebiet zusätzlicher Schulraum notwendig ist. Bereits konnten vom Kanton zusätzliche Räumlichkeiten dazu gemietet werden, aber der Bedarf ist noch nicht abgedeckt. Heute mietet die Stadt Bern Räume für 5 Schulklassen an der Muesmattstrasse 27a + q beim Kanton.

Der Neubau an der Depotstrasse zur Erweiterung des bestehenden Kindergartens um zwei Klassen und eine Tagesschule trägt ebenfalls zur Bewältigung der Schulraumknappheit bei, allerdings reicht auch diese Massnahme noch nicht aus. Deshalb hat die Stadt beim Kanton weitere Schulraumbedürfnisse angemeldet, welche in die Planung der UniMitte einbezogen werden sollen.

Planung UniMitte

Das gesamte Areal Muesmatt zwischen Bühlstasse, Freiestrasse, Muesmattstrasse und Sahlistrasse gehört dem Kanton Bern. Heute befinden sich dort insbesondere naturwissenschaftliche Institute, die aufgrund der stetig wachsenden Studierendenzahlen an ihre Grenzen stossen. Aus diesem Grund hat das Amt für Grundstücke und Gebäude (AGG) zusammen mit der Universität im Jahr 2015 einen Studienauftrag ausgelöst, um künftige Szenarien einer Verdichtung und Ausgestaltung der Parzelle auszuloten. Die Stadt Bern wurde bei der Erarbeitung der Studie einbezogen. Das Stadtplanungsamt, die Denkmalpflege, Immobilien Stadt Bern (ISB), das Schulamt und die

Verkehrsplanung vertreten die Interessen der Stadt. Ebenfalls einbezogen wurden die Quartierkommission und die Kirchgemeinde. Vorgängig haben die involvierten städtischen Stellen ihre Bedürfnisse in den Studienauftrag einbringen können.

Schulraumbedarf der Volksschule

Im Quartier Länggasse hat die Stadt gestützt auf die noch nicht definitiv bereinigten Schülerinnen- und Schülerprognosen 2016 für die Zeit von 2016 bis 2022 folgenden Schulraumbedarf:

Prognosen 2016:	+ 10 Klassen
Davon kann mit zwei Massnahmen Schulraum für 5 Klassen geschaffen werden	
Neubau Depotstrasse:	2 Klassen
Betriebliches Optimierungspotenzial im Bestand:	3 Klassen

Es fehlt folglich nach wie vor Schulraum für weitere 5 Klassen.

Der Schulkreis Länggasse-Felsenau verfügt ab 2017 über das leerstehende Schulhaus Enge. Darin steht Schulraum für 9 Klassen zur Verfügung. Dieses spielt folglich eine wichtige Rolle bei der Bereitstellung von genügendem Schulraum im Schulkreis. Es ist allerdings anzustreben, zusätzlichen Schulraum für die Schülerinnen und Schüler aus dem Muesmattquartier zu schaffen, um dem Prinzip der Quartierschule gerecht zu werden.

Zusammenarbeit mit dem Kanton

Die Stadt Bern verhandelte in den vergangenen Jahren mit dem Kanton im Zusammenhang mit ausgewählten Schulraumbedürfnissen. Dies zum Beispiel im Marzili, wo die Stadt Bern Interesse an den Gebäuden der Fachhochschule anmeldete, im Wankdorf, wo die Stadt Eigenbedarf anmeldete in Räumlichkeiten, welche an den Kanton vermietet wurden oder in der Muesmatt, wo die Stadt im Rahmen der Planung UniMitte Schulraumbedürfnisse für die Volksschule geltend macht.

Im Prozess der Arealplanung UniMitte wurde die Stadt Bern infolgedessen in die Planung der UniMitte einbezogen. Dazu hat das Schulamt den notwendigen Bedarf formuliert.

Im Schlussbericht der Arealstudie ist die Schaffung von Schulraum für die Volksschule auf dem Areal unbestritten. Es wurden vier mögliche Standorte für dessen Realisierung vorgeschlagen. ISB und Schulamt haben beide in ihrer Stellungnahme den Standort Muesmattstrasse 29 als künftigen Schulraum für die Volksschule bevorzugt. Im Rahmen der Mitwirkung hat das AGG gemeinsam mit der Abteilung Bau und Raum der Universität im November 2016 eine Informationsveranstaltung und zwei Mitwirkungsworkshops für die städtischen Anliegen (Quartier, Schule, Schulamt, Verkehrsplanung, Stadtplanung, Kirchgemeinde, Eltern) durchgeführt. Dabei wurde der Standort Muesmattstrasse 29 auch vom AGG als künftiger Standort der Volksschule bezeichnet.

Einführung einer institutionalisierten Zusammenarbeit

Inzwischen hat sich eine regelmässige Zusammenarbeit auf Verwaltungsebene entwickelt. Dabei stehen die Schulraumbedürfnisse der Stadt im Mittelpunkt. Das AGG kennt damit die Brennpunkte der Schulraumengpässe in der Stadt Bern. In Kenntnis der eigenen Schulraumplanung können auf diese Weise Synergiemöglichkeiten frühzeitig erkannt und in die Planung einbezogen werden.

Aus den letzten Gesprächen zwischen der Stadt und dem Kanton im September 2016 gibt es in Bezug auf den Standort Muesmatt folgende wichtigen Informationen:

- Das von der Stadt favorisierte Gebäude Muesmattstrasse 29 verfügt bereits über geeignete Räume für Klassenzimmer. Zurzeit sind hier Praktikumsräume für Physiologie sowie Seminar- und Musikräume der Pädagogischen Hochschule untergebracht.

- Der Regierungsrat und die Unileitung haben entschieden, dass ab 2018 pro Jahr zusätzlich 100 Ärztinnen und Ärzte in Bern ausgebildet werden sollen. Das bedeutet bei einem 6-jährigen Studium bis zu 600 zusätzliche Studierende. Der Kanton wird hierfür das Renferhaus beim Zieglerspital mieten. Später sollen definitive Lösungen beim Inselspital realisiert werden. Noch ist allerdings nicht klar, welche Räume im Gebiet Muesmatt und insbesondere an der Muesmattstrasse 29 weiterhin benötigt werden.
- Universität und AGG gehen davon aus, dass ab 2018 vorerst zusätzlicher Raum für zwei Klassen für die Volksschule zur Verfügung steht. Im Frühling 2017 wird die Situation neu beurteilt. Eine Besichtigung der Räume durch die Stadt ist vorgesehen.
- Für die Erstellung eines Provisoriums mit Modulbauten fehlt der geeignete Platz. Der Aussenraum bei der Muesmattstrasse 29 kommt dafür kaum in Frage, da der Spielplatz und der Hartplatz sehr rege benutzt werden und dafür keine Ausweichmöglichkeiten bestehen.
- Bei einer künftigen Belegung durch die Volksschule in der Muesmattstrasse 29 soll aus Sicht des AGG eine langfristig gesicherte Miete angestrebt werden. Ein Verkauf steht momentan nicht zur Diskussion.
- Die gemeinsame Nutzung der Turnhalle Muesmatt (Eigentum Kanton) durch den Unisport und die Schule ergänzen sich und soll auch nach einer Neubebauung des Areals möglich sein.

Grenzen der Synergien

Der Gemeinderat erachtet die regelmässige und kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen ISB und Schulamt mit dem AGG des Kantons als eine sinnvolle und notwendige Aufgabe. Sie soll weitergeführt und institutionalisiert werden. Die aktuelle Neuorganisation der Medizinausbildung birgt für die Universität noch Unsicherheiten. Bevor die Räumlichkeiten dafür nicht gesichert sind, wird der Kanton mit der Zusage für definitiven Schulraum in grösserer Menge im Areal Muesmatt zurückhaltend sein. Kommende Gespräche im nächsten Frühling werden diesbezüglich neue Erkenntnisse bringen. Der Gemeinderat ist aber bereit, im direkten Gespräch oder in Briefform die Bedürfnisse der Stadt Bern für die Volksschule bei der kantonalen Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion (BVE) zu deponieren.

Nächste Schritte

Die Stadt Bern meldet bei der BVE die Schulraumbedürfnisse für die Volksschule offiziell an. Der Kanton wird im Jahr 2017 einen offenen 1-stufigen Projektwettbewerb für die 1. Etappe, Neubau Naturwissenschaften, in der Arealmitte des Muesmattareals ausschreiben. Im Projektwettbewerb sollen auch die städtebaulichen Regeln für das weitere Areal festgelegt werden (1. und 2. Etappe). Als Grundlage dafür dienen u.a. die durchgeführten zwei Beteiligungs-Workshops

Anfang März 2017 findet die nächste Koordinationssitzung zwischen Stadt und Kanton statt. Zu diesem Zeitpunkt werden neue Erkenntnisse von Seiten Universität zur Planung des Areals Muesmatt bekannt sein.

Folgen für Personal und Finanzen

Die Miete von zusätzlichen Räumlichkeiten in der UniMitte wird zu Mietfolgekosten führen. Diese müssen von Immobilien Stadt Bern mit dem Kanton ausgehandelt werden und können deshalb zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beziffert werden. Die Eröffnung von zusätzlichen Klassen aufgrund des Schülerinnen- und Schülerwachstums wird im Weiteren bei den Lehrerbesoldungskosten und beim Sachaufwand zu Mehrkosten führen. Diese sind jedoch im Budget des Schulamts mit der Annahme eines 3-prozentigen Wachstums bereits berücksichtigt.

Fazit

Für die Stadt Bern ist es sehr wichtig, dass in der Planung UniMitte Schulraum für die Volksschule zur Verfügung gestellt wird. Dieses Interesse ist auf Verwaltungsebene beim Kanton deponiert und fließt in die Planung ein.

Der Gemeinderat ist bereit, dieses Anliegen auch bei der zuständigen BVE-Direktorin zu deponieren, um den Bedürfnissen der Volksschule bei den Planungsarbeiten das notwendige Gewicht und die Unterstützung für die Vertretungen der städtischen Verwaltung bei den Planungsarbeiten der UniMitte zu geben.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Dringliche Motion erheblich zu erklären.

Bern, 30. November 2016

Der Gemeinderat